

- 8. Aug. 1951

## Diskussion über Kirche und Staat

Im Briefwechsel mit Professor Dr. Karl Barth führt Regierungsrat Dr. Feldmann über die grundsätzliche Einstellung zur Demokratie aus:

«Zu b): Nicht klar ersichtlich ist aus Ihrer Schrift «Christengemeinde und Bürgergemeinde» Ihre grundsätzliche Einstellung zur Demokratie und zwar zur direkten, unmittelbaren Demokratie schweizerischer und bernischer Prägung.

Auf Seite 15 Ihrer Schrift lehnen Sie es ab, das «demokratische» Konzept als das christliche gegen alle andern auszuspielen; an andern Stellen betonen Sie dann doch wieder: «Der mündige Christ kann nur ein mündiger Bürger sein wollen und er kann auch seinen Mitbürgern nur zumuten, als mündige Menschen zu existieren». Das ist das christliche Bekenntnis zur Demokratie, welches Sie auf Seite 15 Ihrer Schrift ausdrücklich ablehnen. Wenn Sie (Seite 26, 30, 31 Ihrer Schrift) die «Tyrannei» im Prinzip ablehnen, weshalb auf Seite 28 und 36 die gedankliche Spielerei mit der Diktatur? Jede Diktatur ist ihrem Wesen nach Tyrannei. Man kann doch wohl kaum gleichzeitig die Staatsform der Tyrannei ablehnen und dann doch wieder die Auffassung vertreten, daß der rechte Staat gelegentlich sogar die Gestalt der Diktatur fragen könne wie Sie es auf Seite 36 tun.

Die Diktatur kann nicht die rechte Staatsform sein, weil sie die Freiheit der Kritik (und zwar wohlverstanden auch die Freiheit der kirchlichen Kritik!) unterdrückt und damit den ungeheuerlich anmaßenden Anspruch erhebt, eine über alle Kritik erhabene Staatsform zu sein. Eine solche, über alle Kritik erhabene Staatsform gibt es aber in Tat und Wahrheit überhaupt nicht. Dem Menschen das Recht zu nehmen, sich über die Gestaltung der Gemeinschaft seine eigenen Gedanken zu machen und diese Gedanken zu äußern, bedeutet den Angriff auf die elementarsten Grundlagen menschlicher Würde. Die Diktatur ist die Tyrannei, welche Sie im Prinzip verwerfen; die Tyrannei ist die Diktatur, deren Berechtigung Sie im Prinzip anerkennen. Das sind unlösbare Widersprüche. Man kann nicht als Recht ansehen, was man verwirft. Wie soll man sich die seltsamen Widersprüche erklären? Entspringen sie nicht dem Wunsch, sich nach keiner Seite hin festzulegen oder behaften zu lassen? Hält man auf diese Weise nicht einfach «für alle Fälle» und «für jeden etwas» bereit?

Sei dem wie es sei: die heutige Zeit verlangt jedenfalls eine klarere Stellungnahme zu den freiheitlichen demokratischen Staatsgrundlagen von einer Kirche, die eine von einem freiheitlichen, demokratischen Staate anerkannte Landeskirche sein will. Mit dem Willen unseres Volkes, seine Freiheit zu wahren und zu verteidigen, hat auch eine Landeskirche zu rechnen, will sie nicht jeden Einfluß auf den Gang der politischen Entwicklung verlieren. Unklarheit und Inkonsistenz in der Stellungnahme, zu den Existenzgrundlagen der Demokratie zeigt sich besonders deutlich auch in Ihrem seltsamen Urteil über die politischen Parteien, bezeichnen Sie doch auf Seite 37 Ihrer Schrift die politischen Parteien expressis verbis als «eines der fragwürdigsten Phänomene des politischen Lebens: keinesfalls seine konstitutiven Elemente, vielleicht von jeher krankhafte, auf jeden Fall nur sekundäre Erscheinungen». Sind Sie sich der Tatsache bewußt, daß eine wirklich freiheitlich organisierte und nach freiheitlichen Grundsätzen geführte Demokratie ohne die Existenz verschiedener politischer Parteien überhaupt nicht bestehen kann?

Was soll nach Ihrer Meinung an die Stelle der Parteien treten: der Einparteiensstaat? — dann wären wir wieder bei Ihrer Auffassung angelangt, daß auch die Diktatur einen «rechten Staat» darstellen könne — oder einen Keinparteiensstaat — wie denken Sie sich die Lösung der Aufgabe, welche heute die politischen Parteien in der politischen Aufklärung der Bürgerschaft, in der Stellungnahme zu Wahlen und Abstimmungen erfüllen? Die politischen Parteien sind an und für sich als Institutionen weder fragwürdige noch krankhafte Erscheinungen des politischen Lebens, sondern sie sind die not-

wendigen Instrumente der Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Willensbildung in jeder Demokratie, die ihren Namen wirklich verdient. Es gibt auch in dieser Beziehung nun eben kein «vielleicht, vielleicht auch nicht» oder «sowohl als auch», sondern es gibt nur ein klares Entweder — Oder: Wer ja sagt zur freiheitlichen demokratischen Staatsform muß auch ja sagen zum Bestehen verschiedener politischer Parteien und kann sie jedenfalls nicht als fragwürdige oder gar krankhafte Erscheinungen unseres politischen Lebens betrachten; wer die Existenzberechtigung der politischen Parteien verneint, sagt damit auch nein zur Staatsform der Demokratie. Daß heute mit führenden Vertretern der Kirche über derart elementare staatspolitische Grunderkenntnisse überhaupt Auseinandersetzungen stattfinden müssen, ist jedenfalls ein weiteres untrügliches Anzeichen für die kaum mehr zu verantwortende «Distanz», mit welcher Ihnen nahestehende kirchliche Kreise fundamentalen Existenzbedingungen unseres Volksstaates gegenüberstehen.

Es war unter solchen Umständen doch wirklich nicht übertrieben, wenn der letzte Verwaltungsbericht der Kirchendirektion andeutete, «daß in gewissen kirchlichen Kreisen wenig Interesse an unserer demokratischen Staatsform besteht». Ich lasse die Frage offen, ob und in welchem Maß dieses Desinteressement mit einem Grundzug Ihrer Theologie zusammenhängt, die, wenn ich sie richtig verstehe, dem Menschen im Prinzip überhaupt nichts Rechtes zutraut, sondern ihn als verworfen, grundverdorben und verloren

betrachtet. Es darf und muß einmal von einem Vertreter eines demokratischen Staates aus gesagt werden: Mit Menschen, die sich jeden Tag von neuem ihre absolute Minderwertigkeit und Nichtswürdigkeit, ihre abgrundtiefe Verdorbenheit und hoffnungslose Verlorenheit bescheinigen lassen, baut und führt man keine Demokratie; die freiheitliche Staatsform ist darauf angewiesen, an gute Kräfte im Menschen zu appellieren: mit der prinzipiellen Geringschätzung des Menschen, mit der Negierung seines guten Willens schafft man «Menschenmaterial» für die Diktatur und keine Träger einer Demokratie.

Was verspricht man sich eigentlich für die praktischen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche von Zweideutigkeiten in der Einstellung zur demokratischen Staatsform? Müßte es gerade vom kirchlichen Standpunkte aus nicht ungleich näher liegen, die demokratische Staatsform als Institution bewußt und positiv zu bejahen in der Erkenntnis der Tatsache, daß nun einmal keine andere Staatsform der Kirche die gleichen Möglichkeiten gewährt, auch gegenüber dem Staat und seinen Behörden überhaupt zum Wort zu kommen und gehört zu werden? Sie selbst verweisen ja auf Seite 36 Ihrer Schrift auf die «Affinität zwischen der Christengemeinde und der Bürgergemeinde der freien Völker». Es besteht ja doch wohl nicht nur eine «Affinität», sondern ein tatsächlicher, und zwar sehr bedeutendvoller Zusammenhang zwischen einer Staatsform, die den einzelnen Bürger immer wieder unter seiner Verantwortung zur Entscheidung aufruft und einer religiösen Auffassung, die, wie Sie selbst auf Seite 28 Ihrer Schrift hervorheben, ihrerseits den Menschen vor seine Verantwortung stellt.»

# Die Ostsee

der Volkspartei des Kantons St. Gallen - Organ für die Kantone St. Gallen, Appenzell und die an-

der Quartal

Amtliches Publikationsorgan für die Stadt St. Gallen  
und die benachbarten Gemeinden

**Schweizerisches Tagblatt**

Fr. 7.—  
Fr. 7.75  
Fr. 8.65  
Fr. 12.50

Inseratenpreise (Millimeterzeile oder deren Raum)

Lokalinserte 11 Rp.  
Schweiz 13½ Rp.  
Ausland 15 Rp.  
Reklamen 60 Rp.

Chiffre-Inserate 80 Rp. Zuschlag  
Größere Aufträge Rabatt  
Inseratenannahme: Morgenblatt bis  
16 Uhr, Abendblatt bis 8 Uhr

weiz AG, St. Gallen, Hintere Poststraße 2 Telephone: Redaktion (071) 223 37, Geschäftsführer, Expedition, Inseratenabteilung (071) 223 34 Postcheck-Konto IX 691

## rd frei bleiben!

schlechte Verpflegung in den «Zeltstädten» in den Wäldern der östlichen Vororte Berlins.

Am Dienstag hielten sich 100 000 Jugendliche in Westberlin auf, worauf die Ostberliner Stellen das Gratisfahren mit der Stadtbahn unterbanden. 182 ostdeutsche Jugendliche haben bisher in Westberlin um Asyl gebeten.

### Typhus unter der ostdeutschen Jugend

Berlin, 7. Aug. (UP) Das antikommunistische «Informationsbüro West» gab heute bekannt, unter den 500 000 Delegierten, die sich zu dem Ostberliner kommunistischen Jugendtreffen eingefunden hatten, sei Typhus ausgebrochen.

Radio Moskau hat gestern die Friedenspakt-Offerte Schwerniks mitsamt der russischen Resolution vom 6. August publiziert, ebenso die Friedens- und Freundschaftsadressen des USA-Kongresses, die bekanntlich auch dem russischen Volke durch Truman vermittelt wurden.

### Stokes und Harriman in Abadan

Abadan, 7. Aug. (UP) Richard Stokes, der britische Lordsiegelbewahrer und Leiter der britischen Mission für die Verhandlungen über das britisch-iranische Erdölproblem, ist heute mit dem Flugzeug hier eingetroffen. Er befand sich in Begleitung von Averell Harriman, dem Sonderbotschafter Präsident Trumans, dessen Vorbesprechungen in Teheran die Entsendung der britischen Mission möglich machte.

### Pleven riskiert es

Paris, 7. Aug. (SPK) René Pleven hat sich entschlossen, von der französischen Nationalversammlung die Amtseinsetzung in die Ministerpräsidentenschaft zu verlangen. Er hat die Zustimmung sämtlicher maßgebender Mittelparteien erlangt, so daß er hoffen kann, nachher auch die nötigen Männer für ein Koalitionskabinett der demokratischen Mitte vereinigen zu können.

Paris, 8. Aug. (UP) Das katholische MRP, die Hauptstütze Plevens, gab heute bekannt, es werde nicht nur für die Investitur Plevens sein, sondern sei auch bereit, in einer von ihm gebildeten Koalitionsregierung mitzuwirken. Die Sozialisten und die Radikalsozialisten sprachen sich ebenfalls für die Investitur aus, behielten sich jedoch noch die Teilnahme an der Koalitionsregierung vor.

1. Die Produktion von Papier für Zeitungen und Bücher zu erhöhen, hauptsächlich durch vermehrte Hinzuziehung von neuen Rohstoffen und Erleichterungen bei Anschaffungen auf lange Sicht. Beide müßten durch internationale Abmachungen geregelt werden.

2. Zusicherung einer mehr ausgeglichenen Zuteilung der bestehenden Papiermengen, solange die Produktion nicht die Bedürfnisse eines jeden Landes befriedigen kann.

Die sechste Generalkonferenz der UNESCO, die hier in diesem Sommer tagte, hatte eine Resolution abgelehnt, die die Errichtung einer Sonderkommission für die Prüfung dieses gesamten Problems vorschlug. Statt dessen hat sich die UNESCO entschlossen, dieses dringende Ersuchen Bodets zu veröffentlichen und die Angelegenheit dem Rat für Wirtschafts- und Sozialfragen der Vereinten Nationen, der jetzt in Genf tagt, vorzutragen.

### Neues in Kürze

Papst Pius XII. empfing den neuen Gesandten Oesterreichs, Minister Dr. Kripp, der ihm sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Dr. Kripp ist der Nachfolger von Dr. Kohlruß.

Im Palais des Nation in Genf berät eine UNO-Kommission die Frage, ob ein ständiger internationaler Strafgerichtshof geschaffen werden soll.

Im Sozialrat der UNO in Genf war wieder einmal die russische Platte zu hören. Diesmal war sie auf das Thema «Die Arbeitermassen in der Sowjetunion erfreuen sich der größten Freiheit» eingestellt.

Das Zentralorgan der Budapester Kommunisten verteidigt die «Aussiedlungsaktion», die in jüngster Zeit Gegenstand heftigster Kritik seitens der Westmächte war und erklärt sie als Akt der Notwehr. Das Blatt gibt immerhin zu, daß innert zwei Monaten 21 frühere Minister des Horthy-Regimes, 25 frühere Staatssekretäre, 190 frühere Generäle, 1012 frühere Stabsoffiziere, 362 Offiziere der alten Polizei, 812 frühere Staatsbeamten, 176 frühere Fabrikbesitzer und 157 Bankiers, 292 Großgrundbesitzer von ehemals und 347 Direktoren kapitalistischer Unternehmungen aus Budapest «ausgesiedelt» (lies: verbannt) wurden.

Emir Feisal, der zweitälteste Sohn König Ibn Sauds und Außenminister für Saudiarabien, ist zu einem zehntägigen Staatsbesuch in London eingetroffen.

Der indische Staatspräsident Prasad erklärte, Indien will einem Krieg mit Pakistan aus dem Wege